

# FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

175. Tagung der Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
am 5. Mai 2021

## **Antrag 6**

### **Fukushima 2.0**

**Die Arbeiterkammer Wien spricht sich entschieden gegen eine geplante Einleitung von aus der Nuklearkatastrophe von Fukushima angefallenem radioaktiv verseuchtem Wasser in den Ozean aus und fordert die österreichische Regierung sowie die EU auf, diesem sich anbahnenden Umweltverbrechen entschlossen entgegen zu treten.**

Energierzeugung mittels Kernspaltung ist eine Hochrisikotechnologie. Neben des Verlustes der Biodiversität ist radioaktive Verseuchung die einzige Umweltsünde, die das Potential hat den Fortbestand der Spezies Mensch tatsächlich in Frage zu stellen und im Ausmaß ihrer nicht möglichen Wiedergutmachbarkeit selbst den globalen Klimawandel übersteigt.

Daher besteht in Österreich bei der Ablehnung dieser Energieproduktionsform ein gesellschaftlicher Konsens, der seit 1978 trotz vielfältiger Lobbyismusversuche und tatsachenverfälschender Veröffentlichungen der Atomindustrie aufrecht erhalten und weiter getragen wird. Vor allem bei der Bewertung des Risikos und folglich auch der Bewertung der tatsächlichen Gesamtkosten dieser Energieform musste Österreich die eigene Position immer wieder verteidigen.

Unglücklicherweise wurde mit der Katastrophe von Fukushima die österreichische Position der Warner und Mahner ein weiteres Mal als die objektiv richtige bestätigt.

Daher muss vehement auf bestmögliche Reparatur der Schäden von Fukushima bestanden werden, soweit dies möglich ist, sowie auf ein vollständiges und sorgsames Containment und Überführung in einen sicheren Zustand, wo eine Reparatur nicht mehr möglich ist. Diese Reparaturmaßnahmen müssen unter internationaler Absprache und Kontrolle nach den bestmöglichen technischen Standards durchgeführt werden, die Kostenfrage hat hierbei hinten zu stehen.

Eine Kostenersparnis durch vorsätzliche oder fahrlässige Kontaminierung würde dagegen einen negativen Präzedenzfall setzen.

Die somit demonstrierte Ermöglichung der Kostenabwälzung auf die Allgemeinheit und Umwelt hätte massive (fälschlich vergünstigende) Auswirkungen auf Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Kernenergie, worunter vor allem die nachhaltigen und regenerativen Energieproduktionsformen zu leiden hätten.

Sollte es gesellschaftsfähig und allgemein akzeptiert werden, aus Profitgier gemachte Fehler und Umweltsünden einfach im Meer zu entsorgen, würde dieses zwangsläufig die wirtschaftlichste Vorgangsweise werden, die schon bald auch in anderen Bereichen allgemeines Geschäftsmodell werden könnte, beispielsweise in der chemischen Industrie oder im Bergbau.

Weiters würde dem Wirtschaftsstandort und der Republik Österreich direkter Schaden entstehen, wenn man sich als einziger an Umweltstandards und wirtschaftliche Ethik hält.

Die Freundschaft zwischen Österreich und Japan ist gefestigt und besteht seit vielen Jahrzehnten, aber eine Entsorgung von gigantischen Mengen radioaktiv verseuchten Wassers in der freien Natur und eine gleichgültige Ignoranz gegenüber der Folgen für viele tausende Jahre wäre unverzeihlich.